



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

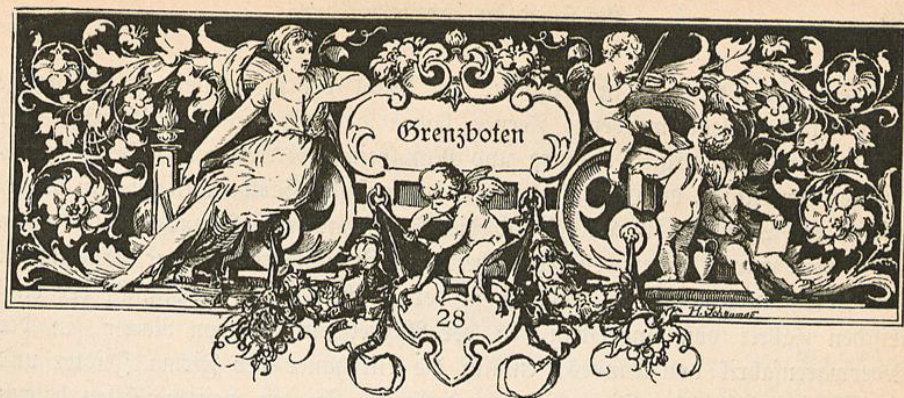
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Stand der Arbeiterbewegung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der Stand der Arbeiterbewegung



In Nummer 5 der Grenzboten haben wir nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Berichten einen Überblick über die Arbeiterbewegung am Schlusse des vorigen Jahres gebracht. Bei dem allgemeinen Interesse, das diese Bewegung beanspruchen darf, wird es unserm Leserkreise willkommen sein, wenn wir in ihrer Besprechung fortfahren.

Die Arbeiterbewegung hat in dem eben verfloffenen Halbjahre eher etwas zu= als abgenommen. Erst gegen Ende des Halbjahres trat ein bemerkbarer Stillstand ein, der aber wohl nur die Bedeutung eines Waffenstillstandes hat. Zunächst ist wieder lebhafter gestreift worden. An nicht weniger als etwa hundert Arbeitsstellen (Bergwerken, Fabriken u. s. w.) wurde die Arbeit niedergelegt. An diesen Ausständen waren etwa 30 000 Arbeiter beteiligt. Es würde zu weit führen, wenn wir alle Streiks namhaft machen wollten; wir begnügen uns mit denen, die wegen besonders langer Dauer oder wegen sonstiger Umstände von mehr als lokaler Bedeutung gewesen sind. In ersterer Beziehung sind zu nennen: die Streiks der Formner in der Heylandtschen Eisengießerei zu Halle, der Tabakarbeiter zu Hamburg (16 Wochen), der Feuerleute und Trimmer ebenda, der Kohlenzieher in Bremerhafen, der Goldarbeiter in Berlin, der Glaser in Bergedorf (36 Wochen), der Kürschner in Röttha, der Formner in der Töpferei von Esch in Mannheim und der Tischler in Mainz (21 Wochen). Der Ausstand der Tabakarbeiter in Hamburg griff vor seinem Erlöschen noch nach den Filialen in Rehme, Rochlitz, Herford und Minden über. Außerdem fand in diesem Industriezweige ein Streik in der Fabrik von Sedicke in Dresden statt.

Im Textilgewerbe ist in den Fabriken von Zimmermann in Althabendorf bei Reichenberg, von Kramsta in Volkenhain, von Reichert und Thoren in

Barmen, in Thalheim in Sachsen und Bühl bei Gebweiler im Elsaß die Arbeit niedergelegt worden. Ferner haben gestreikt die Getreideträger der Speicher in Hamburg, Duisburg und Mannheim, die Arbeiter in den Sphenitbrüchen der Lausitz, die Handschuhmacher in Arnstadt, Harttha und Leberan (Oberelsaß), die Schneider in Lübeck und die Schuhmacher in Hannover und Köln. In Berlin waren außer den Goldarbeitern noch die Former in der Metallfabrik von Löwy ausständig, die Arbeiter in der Tischlerei von Dewitz, in der elektrischen Fabrik von Angerstein, in der Appreturanstalt von Rauer, in der Lederwarenfabrik von Landes, endlich die Bildhauer der Firma Zeidler und die Klavierarbeiter der Firma Maß und Komp. In den meisten Fällen betrug die Zahl der Ausständigen nicht mehr als 100; bei dem Streik der Tabakarbeiter in Hamburg wird sie auf 3000 angegeben.

Mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung haben auch wieder die westfälischen Bergleute gedroht. Doch kam es nur auf 42 Zechen zu Teilausständen, an denen sich gegen 19000 Arbeiter beteiligt haben. Die Bewegung griff zwar auch nach dem Saarrevier über, doch war dort die Beteiligung schwächer; nur auf zwei Zechen sind gegen 1800 Arbeiter ausständig gewesen. Außerdem haben unabhängig von dieser Bewegung gestreikt: die Belegschaften der Zeche Trappe in Schilschede in Westfalen, des Eisenbergwerkes Driesbach bei Siegen, des Braunkohlenbergwerkes Henriette bei Unseburg, der Zinkhütte in Lipine und des Schmiedeschachtes bei Gleiwitz. Endlich sind noch die Streiks der Gärtnergehilfen in Barmen und der Mägde des Rittergutes Böhlen bei Leipzig zu erwähnen. Sie zeigen, daß allmählich auch die ländlichen Betriebe beginnen, sich an der Bewegung zu beteiligen.

Wenig Erfreuliches ist über das Verhalten der Streikenden zu berichten. Die meisten Arbeiterschaften haben sich bei Niederlegung der Arbeit des Kontraktbruches schuldig gemacht. Anscheinend haben nur die erwähnten Gärtnergehilfen die gesetzliche Kündigungsfrist eingehalten. Auf der Kramstaschenfabrik wurden sogar die Beamten von den Arbeitern bedroht. Auch in Leberan und Bremerhaven ließen sich die Streikenden Ausschreitungen zu schulden kommen. Verursacht wurde die Mehrzahl der Streiks durch Lohnzwistigkeiten, und zwar namentlich, weil die Löhne herabgesetzt werden sollten. In einem Falle ist gestreikt worden wegen angeblich schlechter Behandlung und zu langer Arbeitszeit, in einem andern, weil eine neue Fabrikordnung, die eingeführt werden sollte, den Arbeitern unannehmbar erschien. In Röttha und in der Fabrik von Esch wurden höhere Löhne verlangt. Die westfälischen Bergleute kämpften für ihre bekannten Forderungen, achtkündige Arbeitszeit und Minimallohn. Die Tabakarbeiter in Hamburg wollten vor allem den Arbeitgebern die Anerkennung ihrer Organisation aufdrängen. In den Fabriken in Röttha und von Esch in Mannheim setzten die Arbeiter ihre Forderungen durch. Die Mehrzahl der Ausstände dagegen ging verloren, namentlich die, die wie die

Streiks in Hamburg, Bergedorf, Mainz und anderwärts (im ganzen 27) von der Sozialdemokratie zur Parteisache erklärt worden waren. Die Streiks sind den Arbeitern teuer zu stehen gekommen. Der Lohnausfall ist auf weit über eine Million Mark zu schätzen; soll doch fast ebensoviel an Unterstützungsgeldern von der sozialdemokratischen Parteileitung gezahlt worden sein. Allein die Kosten des Ausstandes der Tabakarbeiter in Hamburg werden auf 400 000 Mark angegeben. Eine große Zahl der Ausständigen wurde auch zeitweise oder dauernd ausgesperrt und hatte Mühe, wieder Arbeit zu bekommen. Die ihnen für die Dauer der Arbeitslosigkeit von der Partei zugesagte Unterstützung konnte nur in geringem Umfange gewährt werden, da die Kassen infolge der vielen Streiks erschöpft waren und die veranstalteten Sammlungen nur wenig einbrachten. In der sozialdemokratischen Presse begann man daher vor jedem nutzlosen Streik zu warnen, und so fand auch am Schlusse des Halbjahres kein nennenswerter Ausstand mehr statt.

Der Ausstand in dem westfälischen Kohlenrevier verdient wegen der verhältnismäßig stärkern Beteiligung der Arbeiter eine etwas eingehendere Betrachtung. Bekanntlich waren die Bergarbeiter von dem Ausgange des vorletzten Streiks im Jahre 1889 nur teilweise befriedigt. Sie hatten zwar eine beträchtliche Lohnerhöhung erreicht, es war ihnen aber nicht gelungen, die Einrechnung der Ein- und Ausfahrt in die achtsündige Schicht durchzusetzen. Ihre Unzufriedenheit wurde durch die ausgesperrten Führer und die Verbandspresse rege erhalten, und namentlich die sozialdemokratisch gesinnten drängten immer wieder zu einem neuen Ausstande. Trotzdem hatte es zu Beginn des Jahres noch den Anschein, daß es zu keiner neuen Bewegung kommen würde. Aber schon im Februar begann die Streiklust unter den Bergleuten wieder zuzunehmen. Die Führer benutzten sogleich diese Stimmung, traten in Bochum zusammen und beschloßen nun ernstlich von den Zechen, und zwar bis zum 20. März, jene Einschränkung der Schicht zu verlangen. Ferner stellten sie folgende Forderungen auf: 1. Beseitigung der durch das Gedinge hervorgerufenen Ungleichheiten in den monatlichen Verdiensten; 2. Wiedereinstellung der gemafregelten Bergleute; 3. Wegfall der Füllkohlen und des Wagnullens. Die sodann am 15. Februar überall stattfindenden Bergarbeiterversammlungen, an denen sich allerdings nicht mehr als ein Drittel der Belegschaften beteiligte, traten den Beschlüssen der Delegirten bei.

Außerdem kämpfte das Verbandsorgan der Bergarbeiter für die Enteignung der Zechen zu Gunsten der Arbeiter. Die meisten Zechen hätten soviel Ausbeute gebracht, daß das Anlagekapital mit Einrechnung des Zinsverlustes vollständig gedeckt sei. Sämtliche Bergwerke könnten jetzt von den Bergleuten betrieben werden. Die Privatkapitalisten seien überflüssig.

Die Zechenverwaltungen ließen die ihnen zugesandten Forderungen unbeachtet, lehnten es überhaupt ab, mit den Delegirten als anerkannten Vertretern

zu verhandeln und verlangten, daß die Bergleute etwaige Beschwerden einzeln vorbringen möchten. Sie wiesen nach, daß die Einrechnung der Ein- und Ausfahrt in die achtfündige Schicht eine Minderung der Produktion um 15 Prozent zur Folge haben würde, und behaupteten, daß das Wagenmüllen im Interesse der Disziplin nicht zu entbehren sei. Der Abzug der Füllkohlen wurde dagegen zustimmend für eine veraltete Maßregel erklärt und deren Beseitigung, soweit sie noch bestehen sollte, zugesagt. Da die Haltung der Zechen den Forderungen der Bergleute gegenüber in den wesentlichsten Punkten ablehnend war, schien ein größerer Ausstand nach Ablauf der erwähnten Frist unvermeidlich. Doch stellte sich bald heraus, daß der Zeitpunkt für einen Streik schlecht gewählt war. An einen Erfolg war nicht zu denken. Industrie und Eisenbahnverwaltung hatten sich seit langem auf einen neuen Streik vorbereitet und waren reichlich mit Kohlen versehen. Die in Berlin zu dieser Zeit versammelten Abgeordneten der westfälischen Wahlkreise und die sozialdemokratischen Parteiführer Singer und Auer reisten daher in das Revier, um die Arbeiter vor einem unbesonnenen Schritte zu warnen. Zuletzt rieten auch die Delegirten selbst von einem Streik ab. Den Bergleuten wurde gesagt, sie sollten zunächst ihre Organisation besser ausbauen. So wurde denn schließlich die Ruhe nicht gestört.

Aber eine Beruhigung der Arbeiter war damit nicht eingetreten. Das sollte sich bald zeigen. Am 17. April legte plötzlich die Belegschaft der Zeche Eintracht-Tiefbau die Arbeit nieder. Die äußere Ursache soll der Verschluß eines von den Arbeitern zur Ausfahrt benutzten Schachtes abgegeben haben. Dem gegebenen Beispiele folgten viele Arbeiter der benachbarten Zechen Zentrum, Maria-Anna, Steinbeck, Fröhliche Morgensonne, Holland III, General-Erbstollen, Hannover II u. s. w. Im ganzen hatten, wie gesagt, 42 Zechen unter diesen Teilausständen zu leiden. Die Zahl der Ausständigen nahm bald zu, bald ab. Die höchste Ziffer von 18895 wurde am 24. April erreicht. Alle Belegschaften machten sich wieder des Kontraktbruches schuldig. Die meisten verließen ohne Angabe irgend eines Grundes die Arbeit. Die Zechen verlangten bis spätestens zum 27. April die Wiederaufnahme der Arbeit und erklärten den, der bis dahin dieser Aufforderung nicht Folge leisten würde, für entlassen. Er habe dann zugleich die von der Zeche ihm vermietete Wohnung zu räumen. Außerdem bestimmte der Vorstand des Knappschaftsvereins, daß alle Genossen dritter Klasse, die ohne Einhaltung der Kündigungsfrist die Arbeit eingestellt hätten und sie nicht sofort wieder aufnahmen, als aus dem Verein ausgeschieden anzusehen seien. Damit verloren sie ihre sämtlichen Einzahlungen und Ansprüche.

Es schien zum äußersten kommen zu sollen. Eine Versammlung von 274 Delegirten, die am 26. April stattfand, und auf der 166 Schächte vertreten waren, proklamirte den allgemeinen Ausstand. Die Lage war kritisch. Doch

trat eine Spaltung ein. Die evangelischen Bergarbeitervereine protestirten gegen jeden Streik, und unerwarteterweise kam auch der andre Teil der Belegschaften dem Beschlusse der Delegirten nicht nach. So blieb es denn bei jenen Teilausständen, sie zogen sich noch bis zum 4. Mai hin, da erklärte auch der Vorstand des Bergarbeiterverbandes den Streik für erloschen.

Der Lohnausfall, den die in den Streik eingetretenen erlitten haben, ist auf mehrere hunderttausend Mark zu schätzen. Die Zahl der Ausgesperrten wird auf 2000 angegeben. Die Wiederannahme zu vermitteln lehnten die Behörden wegen des von den Belegschaften begangenen Kontraktbruchs ab. Doch soll die Mehrzahl inzwischen wieder Arbeit gefunden haben.

Ob die Bewegung als überwunden anzusehen ist, muß die Zukunft lehren. Es hat den Anschein, als ob die Agitation nachlasse und die Führer an Einfluß eingebüßt hätten. In der letzten Zeit haben noch zwei Bergarbeiterversammlungen stattgefunden. Auf einer zu Camen ist man den Agitatoren kräftig entgegengetreten.

Außer diesen Ausständen fallen in das verflossene Halbjahr Demonstrationen der Arbeitslosen, die wiederkehrende Feier des „Weltfeiertages“ und ein allgemeiner Ansturm gegen die Getreidezölle.

In einigen Geschäftszweigen fehlte es seit Beginn des Jahres an Aufträgen. Wenn nun auch infolgedessen Arbeiterentlassungen in größerem Umfange nicht vorgekommen sind, so wurde es doch denen, denen aus irgend einem Grunde gekündigt worden war, schwer, wieder Arbeit zu finden. Dazu kam noch, daß die Bauhätigkeit erst später als gewöhnlich aufgenommen werden konnte. In den größern Städten fing daher gegen Schluß des Winters die Zahl der Arbeitslosen merklich an zu steigen und erhielt zugleich durch den nie versiegenden Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte eine stete Vermehrung. Die sozialdemokratische Parteileitung beutete diese Verhältnisse sofort in agitatorischer Weise aus. In Berlin, Dresden, Chemnitz, Magdeburg, Hamburg und Köln wurden Versammlungen von Arbeitslosen einberufen, und es fanden sich auch Tausende zusammen. Die herrschende Arbeitslosigkeit wurde als die ausschließliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise und des jetzt geltenden Lohnsystems hingestellt. Die Zahl der Arbeitslosen wurde in Berlin auf 62000, in Köln auf 12500 und in Dresden auf 18000 angegeben. In Petitionen an den Reichstag und an die Behörden wurde eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, Darlehen an die Arbeitslosen bis zu 50 Mark, Speisung ihrer Kinder in den Schulen, auch ein Notgesetz verlangt, das den Hausbesitzern verbieten sollte, die beschäftigungslosen Arbeiter, die die Miete schuldig blieben, auszuquartieren. Hierauf wurden von den Regierungen in Berlin und Dresden sorgfältige Ermittlungen über den Umfang der Arbeits-

losigkeit angestellt. Es fand sich, daß die in jenen Versammlungen und Petitionen angegebene Zahl der Arbeitslosen übertrieben gewesen und in Berlin höchstens auf 20 bis 25000, in Dresden auf 4 bis 5000 zu schätzen war, wenn man nicht die große Zahl der Arbeitscheuen, die jede Großstadt in sich birgt, mitzählte. Besondere Maßregeln zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wurden daher nirgends für notwendig erachtet. In Köln beschloßen die städtischen Behörden den um Arbeit nachsuchenden Beschäftigung bei einem Tagelohn von 1,50 Mk. zu gewähren, und es meldeten sich etwa 800 Personen. In Hamburg wurden durch ein Komitee 1046610 Portionen Mittagessen, auch Brote und Kohlen verteilt. Mit Eintritt der wärmeren Witterung und Wiederaufnahme der Bauhätigkeit ist die Zahl der Arbeitslosen wieder wesentlich gesunken.

An dem „Weltfeiertage“ ist es in diesem Jahre in Deutschland sehr ruhig zugegangen. Der 1. Mai fiel auf einen Freitag, voran ging am Donnerstage ein kirchlicher Festtag, Himmelfahrt, und Pfingsten stand vor der Thür. Die kirchlichen Festtage verursachten einen bedeutenden Lohnausfall, und die Arbeitgeber zeigten sich noch weniger als vorm Jahre geneigt, sich einen besondern Arbeiterfeiertag aufdrängen zu lassen. Diesen Verhältnissen Rechnung tragend, riet daher die sozialdemokratische Parteileitung, allerdings nicht ohne Widerspruch der radikalen Elemente, den Genossen davon ab, in diesem Jahre am 1. Mai die Arbeit auszusetzen. Es ist denn auch in Berlin in allen Fabriken gearbeitet worden. Doch wurde von vielen Arbeiterschaften beschloßen, einen Teil des Tagesverdienstes an einen zu gründenden „Maifonds“ abzuliefern. Im ganzen sollen dafür etwas über 10000 Mk. eingegangen sein. Ferner ließ sich die Parteileitung angelegen sein, den Tag wenigstens durch eine Festschrift den Arbeitern in Erinnerung zu bringen, und für den nächsten Sonntag wurde eine Nachfeier veranlaßt. Es sollten Umzüge und Versammlungen stattfinden. Die Umzüge wurden in den meisten Städten untersagt. Einer fand in Hamburg statt, an dem sich gegen 30000 Arbeiter beteiligten. Die Versammlungen wurden zwar größtenteils gestattet, waren aber selbst in Berlin nicht zahlreich besucht. Überall wurde eine von der Parteileitung vorgeschlagene Resolution angenommen, worin die achtstündige Arbeitszeit als Grundlage für jede ernsthafte Arbeiterschutzesetzgebung gefordert wurde. Die Mehrzahl der Veranstaltungen bewegte sich in dem Rahmen harmloser Vergnügungen (Ausflüge). Eine durchbrechende Begeisterung war nirgends zu bemerken.

Einen besondern Gegenstand der Erregung bildete noch in dem letzten Monate des verflossenen Halbjahres die mehr und mehr sich bemerklich machende Steigerung der Getreide- und Brotpreise. Im Durchschnitt kosteten in Berlin nach den Ermittlungen des statistischen Amtes der Stadt fünf Pfund Roggenbrot

1886	51,8	Pfennige
1887	53,6	"
1889	61,7	"
1890	67,9	"
1891	77,9	"

Es ist nicht zu verkennen, daß bei diesen Preisen die niedrig gelohnten Arbeiter bei starker Familie Mühe haben, mit ihrem Verdienst auszukommen. Diese Preissteigerungen gaben der von sozialdemokratischer Seite seit Jahren betriebenen Agitation gegen die bestehenden Kornzölle neue Nahrung. Auf Veranlassung der Parteileitung wurden im Laufe des Juni in allen größern Städten Volksversammlungen veranstaltet, in Berlin allein an einem Tage acht. Diese waren von Tausenden besucht. Es wurden Resolutionen angenommen, die verlangten, die Kornzölle zeitweise aufzuheben und zuletzt ganz zu beseitigen. Gleichzeitig demonstrierte auch der Freisinn lebhaft gegen die Kornzölle und gab damit diesem Teile der Bewegung eine über die Kreise der Sozialdemokratie hinausgehende Bedeutung. Auch diese Agitation hat ihr Ziel nicht erreicht. Bekanntlich hat sich die Regierung nicht zu überzeugen vermocht, daß eine Suspension der Kornzölle imstande sein werde, die Brotpreise sofort zu ermäßigen. Doch wird eine dauernde Ermäßigung von dem demnächst abzuschließenden österreichischen Handelsvertrag erwartet.

Neben diesen Streiks und Demonstrationen hat es im verflossenen Halbjahre, wie bisher, auch nicht an jener Agitation gefehlt, durch die für die Sozialdemokratie die noch abseits stehenden Arbeitermassen gewonnen werden sollen, und nicht weniger sind die Anstrengungen fortgesetzt worden, die Organisation der Partei zu vervollständigen.

Den geringsten Anhang besitzt die Sozialdemokratie noch immer unter der ländlichen Bevölkerung. Um diese zu bearbeiten, sind im Rheinland, in Westfalen, Sachsen, Hannover besondere Agitationskomitees eingesetzt worden. Diese haben massenhaft unter dem ländlichen Gesinde sozialdemokratische Broschüren verbreitet. Um sich leichter Eingang zu verschaffen, wurde insbesondere für die Aufhebung der Gesindeordnung agitirt und auch die Stellung der ländlichen Betriebe unter staatliche Aufsicht — mit Bezug auf Gesundheit und Leben der Arbeiter — als nächstes zu erstrebendes Ziel hingestellt. Sozialdemokratische Versammlungen, meist zum erstenmale und gut besucht, haben ferner stattgefunden in Bonn, Kirchdetmold (bei Kassel), Ellrich (bei Nordhausen), Duderstadt, Wolfenbüttel, Alt-Gözen (bei Kalau), Prenzlau, Freienwalde, Grünberg in Schlesien, Wolpersdorf, Kunzendorf und Schlegel (bei Neurode). Die Versammlungen haben gewöhnlich zur Bildung eines allgemeinen Arbeitervereins in den betreffenden Ortschaften geführt, die auch als Volksvereine oder Arbeiterbildungsvereine bezeichnet werden. Die Flagge soll selbstverständlich die Ware decken. In Schleswig-Holstein und Württemberg

soll die Sozialdemokratie immer mehr an Terrain gewinnen. Auch auf Westpreußen hat sich die Agitation geworfen.

Weitere Vorgänge weisen auf ein Erstarken der Organisation der Partei hin. So sind neue Fachvereine gegründet worden in Leipzig von den Textilarbeitern und Berggoldern und im graphischen Gewerbe, in Stuttgart von den Madelarbeitern, in Barmen von den Schmieden, in Mannheim von den Matrosen und Schiffen, in Hamburg von den Quaiarbeitern. Außerdem sind allgemeine deutsche Verbände der Nadler, der Kürschner und der Klavierarbeiter in der Bildung begriffen. Der Verband der Sattler umfaßt, obwohl er erst ein Jahr besteht, bereits 37 Lokalvereine. Kongresse haben abgehalten die Textilarbeiter in Pörsneck, die Tischler in Hannover, die Buchbinder in Altenburg, die Steinmeger in Stuttgart, die Maurer in Gotha, die Zimmerleute in Halle. Diese Verbandstage waren gut besucht. Es brach die Überzeugung durch, daß der bloß örtlichen eine zentrale Organisation vorzuziehen sei. Nur die Berliner Maurer verhalten sich noch ablehnend. Ferner ist man bemüht, die Arbeiter nahestehender Gewerbe durch Kartelle zu vereinigen. Eine Vereinigung der Berliner Bauarbeiter ist bereits zu stande gekommen, sie umfaßt die Maurer, Zimmerer, Töpfer, Maler, Stuckateure, Steinmeger, Tapezierer und Bauschläger. Endlich ist der Plan gefaßt worden, alle Gewerbe zu einem Kongresse zusammenzuberufen.

Die weitere Ausbildung der politischen Organisation ist gleichfalls nicht vernachlässigt worden. Der Vorstand der Partei hat sich, entsprechend den Bestimmungen des Organisationsentwurfes, neu gebildet. Dagegen scheinen die Wahlen der Vertrauensmänner noch nicht zum Abschlusse gekommen zu sein. Ferner wurden Parteitage in Neumünster (für Schleswig-Holstein), Briezen (für Brandenburg), Chemnitz, Magdeburg, Hannover und Köln abgehalten, die im ganzen gut besucht waren. Auch die Beteiligung deutscher, der Sozialdemokratie angehörender Bergarbeiter an dem internationalen Bergarbeiterkongresse zu Paris ist zu erwähnen.

Weiter hat die Parteileitung die Art der Beitragseinzahlung verbessert. Bekanntlich werden von jedem Mitglied eines Fachvereins wöchentlich 10 bis 15 Pfennige an regelmäßigen Beiträgen erhoben. Bisher wurden diese eingesammelt. Jetzt sind Zahlstellen errichtet worden, die Quittungsmarken von 10, 20, 30 und 50 Pfennigen verkaufen. Die Beiträge flossen zwar zeitweise etwas spärlich; dennoch ist die Opferfreudigkeit in diesen Kreisen noch immer als groß zu bezeichnen. So sind allein bei der Hamburger Zentralkasse in der Zeit vom 20. November bis zum 18. Februar 174850 Mark eingegangen.

Ferner wird berichtet, daß die von den Bergarbeitern an verschiedenen Orten bereits gegründeten Produktverteilungsvereine gute Geschäfte machen. In Chemnitz und Umgebung hat jeder größere Ort seine Arbeiterhalle, wo von Sozialisten das Schankgeschäft schwunghaft betrieben wird. Ähnliche

Konsumvereine werden jetzt in dem westfälischen Kohlenrevier gegründet und sind auch für das Saarrevier in Aussicht genommen. In Braunschweig beabsichtigt man eine Genossenschaftsbäckerei, in Mainz eine Schuhfabrik, in Hamburg eine Tabakfabrik zu gründen. Für diese Unternehmen werden Scheine bis zu 100 Mark ausgegeben; verboten ist es, mehr als 30 Scheine zu nehmen. Endlich wird von der Parteileitung auch die Gründung einer Arbeiterakademie geplant.

Auf der andern Seite fehlt es aber auch nicht an Anzeichen, daß die Bewegung hie und da stockt oder doch nur sehr langsam fortschreitet. Auf dem Lande wird, wie die Parteipresse selbst zugestehet, der Agitation ein zäher Widerstand entgegengesetzt. Der Mißerfolg fast aller Streiks hat manchen Genossen stutzig gemacht. Die Kongresse und Parteitage sind zwar gut besucht gewesen, weil die Vertrauensmänner hierfür Diäten aus der Parteikasse beziehen. Weniger ist dies von den Volks- und Arbeiterversammlungen, die z. B. in Köln, Leipzig und Solingen stattgefunden haben, zu sagen. An diesen haben sich, statt der frühern Tausende, stets nur wenige Hundert beteiligt. In Offenburg gelang es in einer solchen Versammlung dem Landtagsabgeordneten Muser, mit Erfolg den sozialdemokratischen Wortführern entgegenzutreten. Wo Nachwahlen zum Reichstage stattfanden, vermochte die Partei meist nicht mehr ihre frühere Stimmenzahl zu erreichen. Zum Teil muß dies allerdings auch auf Wahlmüdigkeit zurückgeführt werden, denn die Beteiligung an den Wahlen war auch bei den andern Parteien schwächer.

In vielen Gewerben halten auch die Arbeiter mit ihrem Beitritt zum Fachvereine noch zurück. In Leipzig gehören von mehreren tausend Holzarbeitern nur 400 dem Fachverein an. Ein Versuch, im Papiergeschäft dort einen Fachverein mit ausschließlich weiblichen Mitgliedern zu gründen, scheiterte. Der Kongreß der Zimmerleute in Halle gesteht den Rückgang der Mitgliederzahl von 13000 auf 10000 zu. In Berlin, wo im Schneidergewerbe an 40000 Arbeiter beschäftigt werden, waren die Fachversammlungen so schlecht besucht, daß sie eingestellt werden mußten. In Chemnitz sind drei hervorragende Führer der Partei ausgeschieden. Sie sollen müde geworden sein, mit dem Unverstand, dem Eigennutz und dem Ehrgeize der sich vordrängenden Genossen einen vergeblichen Kampf zu kämpfen. In dem westfälischen Kohlenrevier verschwanden zwei der hauptsächlichsten Agitatoren, der eine nahm die ganze Parteikasse mit. In der Streikzentralkommission in Berlin fehlte in den Sitzungen regelmäßig die Mehrzahl der Delegirten. Die Beschwerden über die Parteileitung werden immer lauter. Auch wird behauptet, daß der Einfluß Bebels und Liebknechts auf die Partei mehr und mehr durch den Singers und Luers zurückgedrängt werde. Und endlich soll sich die neue Organisation nicht bewähren, weil sie den Führern zu Gunsten der übrigen Genossen zu viel zumute.

Die unglücklich geführten Streiks haben die Massen so erschöpft, daß die große Zahl der ausgesperrten Arbeiter nur mit Mühe weiter unterstützt werden kann. Die Opferfreudigkeit innerhalb der Partei ist nicht bei allen Mitgliedern gleich. So haben die Berliner Genossen, als es sich um die Unterstützung des für die Erhaltung der Organisation so wichtigen Streiks der Hamburger Tabakarbeiter handelte, nicht ein Zehntel der Summe aufgebracht, auf die sie eingeschätzt waren.

Auf der andern Seite nimmt die Zahl der evangelischen Arbeitervereinigungen zu. Neue Vereine sind in Cula bei Borna, in Potschappel bei Dresden und in Magdeburg gegründet worden. Aus Baiern, Württemberg und Hessen werden neue Beitrittserklärungen gemeldet. In Berlin ist der katholische Gesellenverein wieder aufgelebt, und auch im Positschen wird mit der Gründung von katholischen Arbeitervereinen vorgegangen.

Das Bild, das die Arbeiterbewegung des verflossenen Halbjahres bietet, ist wenig erfreulich. Zwar ist es nirgends zu größern Ausschreitungen gekommen, aber dem sozialen Frieden sind wir nicht viel näher gerückt. Ihm steht vor allem entgegen die geringe Reife, die die Arbeiter gewöhnlich bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigen. Denn nur so läßt sich die große Anzahl der meist in leichtsinniger Weise und angeblich sogar oft gegen den Willen der sozialdemokratischen Parteileitung begonnenen Ausstände erklären. Besonders bedauerlich ist es, daß die Ermahnungen der Behörden und der Presse meist nicht vermocht haben, die Ausständigen vom Kontraktbruch abzuhalten. Dadurch haben sich die Arbeiter von vornherein ins Unrecht gesetzt, selbst da, wo der von ihnen aufgenommene wirtschaftliche Kampf der innern Berechtigung nicht entbehrte.

Man könnte geneigt sein, sich über das jetzt erlangte Übergewicht der Arbeitgeber und die eingetretene Waffenruhe zu freuen, wenn es nicht den Anschein hätte, als ob die Ruhe nur von kurzer Dauer sein sollte. In einer Reihe von Gewerben wird an einzelnen Orten von den Arbeitern vorgeblich wegen Lohnrückerei bereits wieder eine neue Bewegung angekündigt. Dies ist zu beklagen, wenn man sieht, welche Unsummen diese wirtschaftlichen Kämpfe verschlingen.

Auch ist es augenscheinlich verfrüht, von einem Rückgange der Sozialdemokratie zu sprechen. Der Versammlungsmüdigkeit, die sich bei den Parteigenossen in letzter Zeit bemerkbar gemacht hat, sowie dem Rückgange der sozialdemokratischen Stimmen bei den Nachwahlen zum Reichstage ist keine große Bedeutung beizulegen. Es ist schwer, sich vorzustellen, daß die ununterbrochen fortgeführten und ausgedehnten Agitation ohne jeden Erfolg sein sollte. Man wird vielmehr annehmen müssen, daß die Durchdringung der untern Volkskreise mit sozialdemokratischen Ideen stetig vorschreitet und es nur auf die übrigen politischen Verhältnisse ankommen wird, wann und in welchem Maße sich diese geltend machen werden.

Man kann auch nicht daran glauben, daß die Sozialdemokratie, ihre Ziele auf dem Wege der Revolution zu erreichen, gänzlich aufgegeben haben sollte. Der einundsiebzigste Aufstand der Pariser Kommunisten ist wenigstens von der Partei am 18. März auch in diesem Jahre wieder in Wort und Schrift verherrlicht worden. Das Möglichste hat in dieser Beziehung die Nummer 11 der „Berliner Volkstribüne“ geleistet.

Zwar wird es allem Anscheine nach der Sozialdemokratie niemals gelingen, die Arbeiterschaften vollständig und straff zu organisieren. Aber die vorhandenen Vereinigungen sind leider schon stark genug, ein befriedigendes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu verhindern.

Die Frage, wie sich diese wirtschaftlichen Kämpfe einschränken lassen, ist noch immer ungelöst. Zunächst wird man abwarten müssen, welchen Einfluß das im verfloffenen Halbjahr ebenfalls zu stande gekommene Arbeiterschutzgesetz auf die weitere Haltung der Arbeiter haben wird.

Von verschiedener Seite hat man bekanntlich vorgeschlagen, bei der Festsetzung der Löhne, da diese bei den jetzigen verwickelten wirtschaftlichen Verhältnissen besonders schwierig ist, besondere Einrichtungen, die aus Vertretern der beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber zusammengesetzt sein sollen, mitwirken zu lassen, und es ist möglich, daß dadurch am ehesten den Lohnstreitigkeiten und dadurch den Streiks vorgebeugt werden kann. Vor allem müssen die Arbeiter etwas bescheidner werden. Bis dahin wird die ganze Bewegung und die Gesetzgebung noch manche Phase durchzumachen haben.



## Gerichtssaal und Presse



Das selbstbewußte Gefühl des Pharisäers, der bei dem Blick auf den sündigen Zöllner stolz auf die Brust schlägt und sich rühmt, nicht zu sein wie dieser einer, machte sich vor einigen Monaten in der deutschen Presse aller Schattirungen in tönenden Worten oder doch zwischen den Zeilen recht aufdringlich bemerkbar, als jenseits der Vogesen wieder einmal ein „Sensationsprozeß“ die Teilnahme der gebildeten wie der ungebildeten Welt lebhafter in Anspruch nahm als die wichtigsten Vorgänge in der Politik. Der Prozeß „Cyrard und Gabriele Bompard“ mit seinen halb graufigen, halb pikanten Einzelheiten war in der That ein Leckerbissen für den überreizten Gaumen der Pariser, bei dessen